

Erscheint
täglich mit Ausnahme Sonn-
und Feiertags.

Bezugspreis
vierteljährlich 3 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Post-
bezogen mit Bestellgeld
3 Mk. 17 Pfg.

Wochenkarten 25 Pfg.
Einzelnummer 5 Pfg., ältere
10 Pfg.

Kreis-Zeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Gammon-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenteil die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle
Luisenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Die Heimkehr der Verschleppten und Gefangenen.

B. An einer wichtigen Stelle wenigstens ist die Menschlichkeit in diesem furchtbaren Weltkriege doch zum Durchbruch gekommen. Das grausame Los der Verschleppten und Kriegsgefangenen, die seit Jahren in freudloser Absonderung alle Leiden über Behandlung in feindlichen Staaten erdulden mußten, wird sich nun endlich zum Besseren wenden. Das Berner Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über die Heimkehr der Verschleppten und den Austausch der Kriegsgefangenen beginnt bereits in Wirksamkeit zu treten. Und die Haager Verhandlungen über den deutsch-englischen Gefangenenaustausch sind soeben zu einem befriedigenden Abschluß gelangt.

Am Montag nachmittag ist der erste Transport mit 800 Elsaß-Lothringern, die seit Beginn des Krieges als Zivilgefangene von den Franzosen verschleppt worden waren, in Konstanz eingetroffen. Nach mehr als drei langen Kriegsjahren voller Schreden und Entbehrungen, Demütigungen und Erniedrigungen, sollen sie jetzt ihrer Heimat wiedergegeben werden. Insgesamt werden rund 3000 Zivilgefangene in den nächsten Wochen zurückkehren. Man weiß, daß diese Maßnahme der Menschlichkeit nur durch Anwendung von Repressalien durch Deutschland erzwungen werden konnte, indem bei der fortgesetzten Weigerung der französischen Regierung erst eine gleiche Anzahl von Franzosen aus dem besetzten Gebiete nach dem Osten gebracht werden mußte. Aber heute tritt das Gedanke daran völlig hinter der Freude zurück, die die Heimkehrenden und ihre Angehörigen, ja das ganze deutsche Volk über das gelungene Werk empfinden.

Gleichzeitig werden auch die deutschen Kriegsgefangenen, die länger als achtzehn Monate in französischer Gefangenschaft schmachteten, und bei denen die sonstigen Vereinbarungen des Berner Abkommens zutreffen, heimkehren. Am Sonnabend, den 20. Juli, wird der erste Kriegsgefangenentransport in Konstanz eintreffen, und es ist beabsichtigt, von da ab monatlich rund 10.000 Kriegsgefangene zurückzuführen. Die Freude der Heimkehrenden und ihrer Familien kann sich der Unbeteiligten kaum richtig vorstellen. Auch an ihr nimmt das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den herzlichsten Anteil. Die ausgesetzten Kriegsgefangenen Mannschaften und Unteroffiziere werden nach einer siebentägigen Uebergangszeit in Konstanz ihrem Ersatztruppenteil überwiesen werden und erhalten von diesem unter Fortgewährung der Löhne zunächst vier Wochen Erholungsurlaub. Da sie nach dem Berner Abkommen weder an der Front, noch in der Etappe wieder verwendet werden dürfen, so werden sie später als Ersatz für die freigegebenen französischen Kriegsgefangenen der deutschen Kriegswirtschaft zugeführt werden. Die ausgestausteten deutschen Offiziere bleiben dagegen, den Bestimmungen gemäß, in der Schweiz interniert. Der größte Teil von ihnen trifft bereits im Laufe dieser Woche in der Schweiz ein.

Besondere Freude und Genugtuung muß es erregen, daß gleichzeitig mit der Ausführung des Berner Abkommens auch der Austausch der deutsch-englischen Kriegsgefangenen in den Besprechungen zwischen deutschen und englischen Delegierten im Haag beschlossen worden ist. Der Inhalt dieser Vereinbarungen ist im einzelnen noch nicht bekannt. Vorher sollen ihn die beiderseitigen Regierungen noch gutheißen. An der Bestätigung ist aber kaum zu zweifeln. Im ganzen dürfte das Haager Abkommen dem Berner ziemlich genau entsprechen. Die besonderen Schwierigkeiten, die sich für diesen Austausch ergaben, bestanden darin, daß deutsche Zivilinternierte und Kriegsgefangene in der weiten Welt des englischen Reiches verstreut waren. Sie alle sollen nun von den getroffenen Vereinbarungen ihren Vorteil haben. Deshalb wird sich auch die Freude dieser Schwerverprübten, die um ihres Deutschtums willen so Bitteres erfahren haben, über die ganze Welt ausbreiten.

Mit besonderem Danke aber wird Deutschland der großen Verdienste gedenken, die sich die neutralen Regierungen der Schweiz und Hollands bei diesem Werke der Menschlichkeit erworben haben.

Angriff der Franzosen zwischen Aisne und Marne.

Berlin, 18. Juli, abends. (W. T. S. Amtlich.) Zwischen Aisne und Marne hat der Franzose mit starken Kräften und Panzerwagen angegriffen und etwas Gelände gewonnen.

Unsere bereitstehenden Reserven haben in den Kampf eingegriffen.

Artilleriekampf in Flandern.

Berlin, 18. Juli. (W. T. S.) In Flandern lebte das feindliche Feuer tagsüber auf und steigerte sich zwischen Ypern und Bioux Esquin zu großer Stärke. Es erreichte

gegen Mitternacht von Hillebeke bis zum Kemmel und beiderseits Bailleul größte Heftigkeit. Zahlreiche feindliche Patrouillenvorstöße wurden durchweg abgewiesen. Gefangene blieben hierbei in unserer Hand. Desgleichen erlitt der Feind, der nach Feuertvorbereitung bei Hulluch angriff, eine schwere Schlappe.

Die französische Bereitstellung.

Berlin, 18. Juli. (W. T. S.) Alle Gefangenenaussagen gehen dahin, daß der deutsche Angriff seit langem bekannt gewesen ist. Ein französischer Major, Bataillonskommandant vom 101. Infanterie-Regiment sagt aus, daß der Angriff am 15. Juli erwartet wurde. Alle Vorbereitungen waren getroffen. Die Infanterie war tief gestaffelt und die schwachen Besatzungen der vordersten Linien sollten sich bis zum letzten Mann verteidigen. Die leichte Artillerie war aus dem Vorfeld zurückgenommen. Die Batterien waren versteckt eingebaut und durften nicht feuern. Eine Stunde vor Beginn der deutschen Offensive telephonierte der Kommandant an Chef an alle Regimenter, daß der Angriff um 1.10 Uhr vormittags, also nach deutscher Zeit um 12.10 Uhr erwartbar sei. Man sollte sich bereit halten. In Anbetracht dieser umfangreichen Abwehrvorbereitungen, ist der deutsche Erfolg besonders hoch einzuschätzen. Wie sehr der Franzose trotz allem in der vorderen Stellung überrumpelt wurde, erhellt daraus, daß einige deutsche Divisionen ihre volle Verpflegung aus französischen Unterständen und Depots entnahmen.

Die deutschen Sturmwagen.

Berlin, 18. Juli. (W. T. S.) In der Nacht zum 15. Juli schoben sich auch unsere Sturmwagen in die Linie der bereitstehenden Infanterie. Mit den Infanteristen zugleich und teilweise vor ihnen begannen die breitkantigen Angewandten ihre zermalmende Fahrt. Wo der Widerstand des Feindes sich um Nester und tiefe Hänge gruppierte, griffen sie ein und durchbrachen die Stellung des Gegners. Den Hügel herauf nach Champlan wälzte sich ein deutscher Wagen, unbefürchtet um die aus Fenstern und Mauern sprühenden Maschinengewehre. Er half der Infanterie das Dorf durchqueren und holte die Sturmkompanie wieder ein, als sie vor dem stülpentartig besetzten Schloß Champlat auf dem halben Wege nach Neuville Halt machen mußte. Dort legte er sich quer vor die Mauer und nahm den Feind unter ein vernichtendes Feuer, bis die entsetzte Besatzung mit erhobenen Händen zum Tore herauskam.

Amerikanisch-japanische Intervention.

Frankfurt a. M., 18. Juli. (Priv.-Tel.) Der „Frankfurter Ztg.“ wird aus dem Haag berichtet: Wie Reuters meldet, berichtet die „Times“ aus Tokio vom 15. Juli: Die amerikanischen Vorschläge über die gemeinschaftliche amerikanisch-japanische Intervention waren anders als die englisch-französischen Vorschläge. Der diplomatische assistierende Rat, der die Beschlüsse der japanischen Regierung über die amerikanische Vorschläge zur japanisch-amerikanischen Intervention zu prüfen hatte, vertagte seine Konferenzen, da zwei Mitglieder, nämlich Takino und Hara, Einspruch erhoben. Takino vertrat die Auffassung der Satsumapartei, die die Lage in Sibirien noch nicht für bedenklich genug hält, um ein Vorgehen Japans notwendig zu machen. Auch hält die Partei es für gefährlich, das Schicksal Japans Gefahren auszuweichen, bevor wirklich ein deutscher Einfall Japan bedroht. Heute sollte eine Konferenz des Rates der Ältesten abgehalten werden. Graf Okuma, der hierzu eingeladen war, leitete der Einladung wegen Unpäßlichkeit nicht Folge. An der Konferenz sollten teilnehmen Fürst Yamagata, Marquis Matsukata, Marquis Seisoni und Marquis Terauchi. Hara besuchte am Sonntag den Fürsten Yamagata auf dessen Wunsch. Der assistierende Rat der Diplomaten wird morgen eine Versammlung abhalten.

Schreckensherrschaft in Rußland.

Alle gegen Alle!

Stockholm, 17. Juli. Da die Gegenrevolutionäre in verschiedenen Ortschaften die Bolschewisten einfach niederknallten, droht die Bolschewiki-Regierung, in Zukunft, einem Beschluß der Volksräte entsprechend, eine Schreckensdiktatur auszuüben und alle Gegner zu töten.

Das ist die Antwort auf die Mordtaten der Sozialrevolutionäre. Unterdrückung statt Freiheit. Kampf aller gegen alle. Gewalt statt Gerechtigkeit. Die Sowjets haben einen Teil ihrer politischen Gegner bereits verhaftet, um sie vor die Hintertür zu stellen. Die Gegenrevolutionäre besonders unter General Krasnow, erschließen wiederum jeden Bolschewisten, der in ihre Hand fällt u. an der Marmorküste wurden von den Engländern die bolschewistisch verbliebenen Gemeinderäte durch Verhaftung oder Hinrichtung unschädlich gemacht.

Wie die Engländer Murman „retten“.

Die Briten haben im Verein mit Franzosen und Serben bekanntlich das nördliche Murmangebiet besetzt und marschieren gen Süden der Murmanbahn entlang, angeb-

lich auf Hilferufe der dortigen Bevölkerung. In der „Post. Ztg.“ wird dagegen mitgeteilt: Ein entlaufener russischer Sträfling namens Ushin und ein früherer russischer Gendarm bereisten Wochen hindurch die Murmanbahn und die Pomorje-Küste mit einer Bittschrift an die englische Regierung um militärische Hilfe gegen die Deutschen und Finnen, die gemeinsam den dortigen Handel und die Fischerei an sich reißen, die männliche Bevölkerung zu deutschen Soldaten machen und die dortigen Russen gewaltsam zu der deutschen Religion zwingen wollen. Die Unterschriften wurden entweder durch Drohungen oder gegen Bezahlung mit bis 10 Rubel per Stück erpreßt.

Die Tschecho-Slowaken.

Londoner Blätter, die natürlich übertreiben, behaupten: Die Tschecho-Slowaken sind Herren der Gegend zwischen Tomst und Tscharvenit, einem Gebiet von 800 Kilometern. Seltamerweise hat der nach Japan geschickte Vertreter der Aufrechterhaltung dort erklärt, die Tschecho-Slowaken wollten unbedingt aus Rußland heraus und nach Frankreich. Der russische Kessel scheint ihnen zu heiß zu werden.

Graf Burians Friedensrede.

B. A. Fast bei jeder Kundgebung österreichischer und ungarischer Staatsmänner während des gegenwärtigen Krieges ist es notwendig gewesen, zu ihrem Verständnis und ihrer richtigen Deutung auf die inneren Verhältnisse der Donaumonarchie hinzuweisen, die so eigenartig sind, daß auch die äußere Politik Österreich-Ungarns davon weit mehr beeinflusst wird, als es bei uns der Fall ist. Die Rücksichtnahme auf diese inneren Verhältnisse hat in Wien und Ofenpeft manches Wort gezeitigt, das wir als bedenklich betrachten mußten, wenn auch der Ton, der Reden, die aus der ungarischen Hauptstadt kamen, im allgemeinen fester war, als der Ton, der in den Wiener Kundgebungen vorherrschte. Auch die jüngsten Auslassungen des gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen, des Graf Burian, bedürfen an mehr als einer Stelle des Hinweises auf die Zustände, namentlich in der zisleithanischen Hälfte der Doppelmonarchie, um bei uns nicht mißverstanden zu werden; doch darf man im allgemeinen wohl sagen, daß die letzte Rede Burians uns wegen ihres selbstbewußteren Grundtones angenehmer berührt, als manche Äußerungen, die wir vom Grafen Czernin zu hören bekamen.

Freilich, auch die Rede Burians ist eine Friedensrede, und ihr gegenüber gilt, was wir von allen Friedenskundgebungen der Mittelmächte aus der letzten Zeit gesagt haben: sie trägt die Gefahr einer Mißdeutung als Schwäche seitens unserer Feinde in sich und muß von diesem Standpunkte aus als zum mindesten überflüssig erscheinen. Graf Burian hat sich allerdings bemüht, dieser Mißdeutung so weit wie irgend möglich vorzubeugen; aber es ist mehr als fraglich, ob ihm dabei Erfolg winkt. Die Friedensbereitschaft der Mittelmächte ist längst außer jeden Zweifel gestellt, so daß sie gar nicht mehr besonders betont zu werden braucht. Daß es von Burian dennoch geschieht, ist nur aus den inneren Verhältnissen in Österreich zu erklären. Und gerade darin liegt ein bedenklicher Umstand. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen hat es wohl mit Rücksicht darauf für notwendig gehalten, die Entschlossenheit der Doppelmonarchie, den Verteidigungskampf weiterzuführen, „bis er uns die für die künftige ruhige Existenz erforderliche Sicherheit bringt“, scharf zu betonen und gleichzeitig die Hindernisse darzulegen, die sich der Betätigung der Friedensbereitschaft der Mittelmächte entgegenstellen. Er hat sehr zutreffend die Pläne unserer Feinde geschildert, die bezüglich Österreich-Ungarns darauf ausgehen, den Bestand der Monarchie zu vernichten und diese aufzulösen. Die Entwicklung der Dinge in Österreich in der letzten Zeit hat die Hoffnung unserer Feinde, dieses Ziel zu erreichen, leider nicht wenig gestärkt. Darum war es wohl an der Zeit, daß aus unserem Munde die Gefahr deutlich geschildert wurde, die Österreich aus den inneren Wirren droht. Mit Recht lehnt Graf Burian denn auch jeden „beglückenden“ Eingriff der Entente in die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns ab.

Diese Gesichtspunkte erklären die Rede Burians zur Genüge. Worin wir dem Leiter der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns nicht folgen können, das ist seine Hoffnung auf die Einsicht unserer Feinde. Graf Burian wendet „trotz allem“ seine Blide „immer hoffnungsvoller auf die uns jetzt feindlichen Völker“, daß sie von ihrer Verblendung lassen. Wir wissen nicht, worauf er diese Anschauung stützt. Die Reden, die vom feindlichen Auslande, auch aus den feindlichen „Völkern“ zu uns herübertröten, können ihn unmöglich zu seiner Hoffnung berechtigen, noch viel weniger die Taten. Verwunderlich ist für uns auch die fast Begeisterung zu nennende Wärme, mit der sich der österreichisch-ungarische Minister mit Wilson und seinen neuesten Leistungen beschäftigt. Ein wenig mehr Sinn für die Auffassung, die das deutsche Volk über Wilson und seine hinterlistige Politik hat, wäre da wohl angebracht gewesen. Im übrigen; unsere Zeit wird nicht von Reden beherrscht, sondern von der Tat, und diese Tat-Politik ist Gott sei Dank bei uns nach wie vor kräftig eingesezt.

Die Verhandlungen in Salzburg.

Budapest, 18. Juli. (W. I. B. Nichtamtlich.) Im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident Besterle in Beantwortung der Interpellation Barta betreffend die Salzburger Verhandlungen, daß in Salzburg bloß Vorbereitungen stattfinden. Die inzwischen in Deutschland vollzogenen Veränderungen haben die Vereinbarung der leitenden Staatsmänner bezüglich der Grundprinzipien einigermaßen hinausgeschoben, so daß jetzt in Salzburg auch in dieser Beziehung Verhandlungen gepflogen werden. Eigentlich beziehen sich die Salzburger Verhandlungen jedoch hauptsächlich auf Tariffragen. Es handelt sich vorläufig bloß um Beratungen der Referenten, die jedoch nicht als endgültige Abmachungen betrachtet werden können, denn sie werden erst Geltung erlangen, wenn sie von den respektiven Regierungen genehmigt werden. Der Ministerpräsident versicherte, daß die Gesetzgebung weder in betreff unserer Beziehungen zu Österreich noch zu Deutschland vor ein fait accompli gestellt werden wird. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Norwegische Geschäftigkeit.

B. Berlin, 19. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Norwegische Geschäftigkeit“ u. a.: Die Nordstat an dem Grafen Mirbach hat der norwegischen Presse erneut Gelegenheit gegeben, ihre unneutrale deutschfeindliche Politik in einer gehässigen, vielfach geradezu fanatischen Form zum Ausdruck zu bringen. Einstimmig wurde das Verbrechen als natürliche Folge der deutschen Gewaltpolitik im Osten und des Rußland unterdrückenden Prest-Litowsky-Friedens dargestellt, und die Täter wurden als Patrioten gefeiert. — Die deutsche Presse hat in der Regel es für richtig gehalten, derartige Ausdrücke einer durch Verhöhnung und Kriegspöhserei irreführten Volksmeinung mit Stillschweigen zu übergehen. In Fällen so großer und verletzender Schmähungen unseres Landes erscheint es aber doch unerlässlich, die Leiter der norwegischen Presse erneut und ernstlich auf die Gefahren einer solchen Haltung hinzuweisen, die jedes Gefühl für die Neutralität ihres Landes vermissen läßt.

Die Cholera in Petersburg.

500 Erkrankungen.

Petersburg, 15. Juli. (W. B.) (Verspätet eingetroffen.) In Petersburg ist die Cholera ausgebrochen. Gestern wurden über 500 Fälle gemeldet.

Eine Entente-Lüge.

Brüssel, 17. Juli. (W. B.) Der französische Eissel-Zustpruch vom 16. Juli nachmittags 5 Uhr verbreitet die Nachricht, die deutsche Verwaltung in Brüssel habe vor einiger Zeit alles Gemüse auf dem Brüsseler Markt requiriert. Aus diesem Anlaß habe Militär einschreiten müssen und es sei zu einer Schießerei gekommen, der fünf Bauern zum Opfer gefallen und dreizehn Bauern verwundet worden seien.

Die deutsche Verwaltung schritt jüngst mit Unterstützung der belgischen Polizei lediglich zu dem Zwecke, der minderbemittelten Bevölkerung den Kauf des notwendigen Gemüses zu einem annehmbaren Preise zu ermöglichen, gegen das wucherische Gebaren der Bauern und zwar mit einem guten, von allen loyal denkenden Belgiern anerkannten Erfolg ein. Das ist die Wahrheit die allerdings der Propaganda-Dienst der Entente nicht verbreiten darf. Was darüber hinaus von einem Einschreiten des deutschen Militärs und von Toten und Verwundeten gesagt wird, ist eine schamlose Lüge. Die ganze schaurige Geschichte ist frei erfunden.

Trauer-gottesdienst für Mirbach.

Berlin, 18. Juli. Heute vormittag fand ein Trauer-gottesdienst zum Gedächtnis des in Moskau ermordeten Grafen Mirbach-Harff in der katholischen Hedwigs-Kirche statt, an der die hervorragendsten politischen Persönlichkeiten Berlins teilnahmen. Für den Kaiser war der Generaloberst v. Vinzingen als Vertreter erschienen. Weiter sah man den Vizkanzler v. Payer, den Minister des königlichen Hauses Grafen Eulenburg, den stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Fehr. v. d. Busche, sowie zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Amtes. Das in Berlin anwesende diplomatische Korps war vollständig erschienen. Auch die bundesstaatlichen Gesandtschaften hatten Vertreter entsandt. Für die Sowjetrepublik war der hiesige bevollmächtigte Vertreter, Joffe, anwesend und der Sonderabgeordnete General Odingow aus Moskau. Den Reichstag vertrat Vizepräsident Dove. — Im Anschluß an diese Trauerfeier wird in verschiedenen Blättern nachdrücklich verlangt, daß die russischen Behörden entschiedener als bisher auf der Verstrafung der Mörder bestehen. Es verlautet zwar, daß ein Mörder Andrejew hingerichtet worden sei, während der andere, Esentkin, noch gar nicht verhaftet sei. Aber diese Nachricht kommt aus einer Ententequelle, und von dem hiesigen Vertreter der Sowjetrepublik ist noch keine Mitteilung über die Sühne des Verbrechens gemacht worden. Dieses Schweigen der Sowjetrepublik werde in der deutschen Öffentlichkeit unangenehm empfunden. (Krit. Zeitung).

Militärische Hinterbliebenen-verlorgung.

Von Regierungsrat Dr. Th. v. Olschhausen.

(Fortsetzung.)

War der Kriegsteilnehmer pensionsberechtigter Beamter, so erhalten die Hinterbliebenen die nach dem betref-

fenden Beamtenhinterbliebenengesetz zustehende Versorgung aus der Zivildienststelle des Verstorbenen ungekürzt neben den Hinterbliebenenbezügen aus Heeresmitteln nach dem Militärhinterbliebenengesetz. Eine Anrechnung der militärischen Versorgungsgebühren auf die aus Zivilmitteln gezahlten ist nicht zulässig.

In diesem Zusammenhange sei auch darauf hingewiesen, daß Kriegshinterbliebenen, die in militärischen Betrieben oder in Betrieben beschäftigt sind, die für Heereszwecke arbeiten, die sonst üblichen Löhne nicht mit Rücksicht auf den Bezug der gesetzlichen Versorgungsgebühren gekürzt werden dürfen.

Hinsichtlich der gesetzlichen Versorgung der Hinterbliebenen müssen hier diese kurzen Bemerkungen genügen. Wegen weiterer Einzelheiten und der im Militärhinterbliebenengesetz erfolgten Lösung manches sozialpolitisch interessanten Problems, wie z. B. die Behandlung der sogenannten Kriegstraumungen, die Kürzung des Witwengeldes wegen großen Altersunterschiedes, die Abfindung von Angehörigen Vermißter, der Frage der Pfändbarkeit der Hinterbliebenengebühren, sei auf ein mit Genehmigung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums unter Benützung amtlicher Quellen erschienenes Handbuch zum Militärhinterbliebenengesetz*) verwiesen.

Es liegt auf der Hand, daß die hier in großen Umrissen gezeichnete Versorgung der Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 bei den teilweise ins Riesenhafte gesteigerten Verhältnissen dieses Krieges nicht genügen konnte. Der Rahmen des Gesetzes mußte sich bald als zu eng erweisen; die in mancher Beziehung neu auftretenden Bedürfnisse erheischten dringend eine Erweiterung. Die Heeresverwaltung begann deshalb noch mitten im Kriege mit den Vorarbeiten für eine weitere Ausgestaltung der Hinterbliebenenversorgung auf Grund der Erfahrungen des Krieges. Diese Arbeiten sind jetzt bereits so weit vorgeschritten, daß der Entwurf einer Novelle zum Militärhinterbliebenengesetz im Kriegsministerium fertig vorliegt. Es ist nur noch die Stellungnahme der anderen beteiligten Ressorts des Reiches und Preußens erforderlich.

Schnelles Handeln war aber erforderlich, wo die wichtigsten Lebensinteressen der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer in Frage stehen. In dankenswerter Weise stellte deshalb der Reichstag schon im Jahre 1915 der Militärverwaltung einen besonderen Fonds zur Verfügung, der dem Ausgleich von Härten in den geltenden gesetzlichen Vorschriften bis zur Durchführung der beabsichtigten Gesetzesänderung dienen sollte. Auf diese Weise wurde es der Militärverwaltung ermöglicht, in großzügiger Weise neben der gesetzlichen Versorgung schon jetzt einschneidende Maßnahmen im Interesse der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer zu treffen, auf die hier kurz eingegangen werden soll.

Als eine ganz besondere Härte des Gesetzes wurde es schon bald nach Beginn des Krieges allseitig — von der Presse wie von der Volksvertretung, wie auch von der Militärverwaltung — empfunden, daß die Gebührene der Hinterbliebenen sich nur nach dem militärischen Dienstgrade bestimmen, gleichviel welche Stellung der Verstorbene im Zivilleben einnahm. Bei einem Kriege, der, wie der gegenwärtige, Angehörige aller Stände als Landwehrmänner und Landsturmlaute unter die Fahnen gerufen hat, muß bei der Hinterbliebenenversorgung auch das Einkommen und die soziale Stellung des Verstorbenen in irgendeiner Weise berücksichtigt werden. Es besteht sonst in hohem Grade die Gefahr, daß die Hinterbliebenen vieler Kriegsteilnehmer — wird die Versorgung allein nach dem militärischen Dienstgrade festgesetzt — infolge Fortfalls des früheren Arbeitseinkommens des Hauptes der Familie aus ihrer bisherigen sozialen Schicht in eine tiefere hinabgleiten. Es werden deshalb aus dem Härtenausgleichsfonds den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen sogenannten Zusatzrenten auf Grund des Arbeitseinkommens des Verstorbenen neben der gesetzlichen Kriegerversorgung gewährt. Die Höhe dieser Zusatzrente richtet sich nach der Höhe des Arbeitseinkommens des Verstorbenen, sie beträgt im allgemeinen etwa ein Zehntel dieses. Das Arbeitseinkommen muß, falls der Verstorbene Gemeiner oder Gefreiter gewesen, mindestens 1500 Mark, falls er Unteroffizier oder Sergeant war, mindestens 1700 Mk., und wenn er Feldwebel oder Bizefeldwebel gewesen war, wenigstens 2100 Mk. betragen haben; der in diesen Fällen zuständige Mindestbetrag der Zusatzrente beträgt 50 Mk. Erreicht das Arbeitseinkommen diese Höhe nicht, so kann eine Zusatzrente nicht bewilligt werden, jedoch erhalten die Hinterbliebenen in solchen Fällen im Bedarfsfalle Unterstützungen. Bei einem Jahreseinkommen des Verstorbenen, das 6000 Mk. oder mehr betrug, erhält die Witwe den Höchstbetrag der Zusatzrente mit 600 Mk. jährlich. Eine Zusatzrente kann nicht gegeben werden, wenn das Jahresgesamteinkommen der Witwe und der Kinder mehr als 3000 Mark beträgt, auch dürfen die gesetzlichen Bezüge an Hinterbliebenengebühren 75 v. H. des Jahresarbeitseinkommens des Verstorbenen nicht übersteigen.

Hätte der verstorbene Kriegsteilnehmer im letzten Jahre vor dem Kriege kein Einkommen gehabt, weil er sich noch in der Ausbildung zu einem Berufe befand, so würde es unbillig sein, wollte man in einem solchen Falle die Zukunftsaussichten in keiner Weise berücksichtigen, denn man muß damit rechnen, daß nach vollendeter Ausbildung von einem gewissen Zeitpunkt ab ein Arbeitseinkommen erzielt worden wäre. Den Hinterbliebenen solcher Personen kann daher in besonderen Fällen bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen ein Zuschuß zu den gesetzlichen Hinterbliebenengebühren gewährt werden, wenn unter Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände und der Gesamtheit der Lebensverhältnisse des Verstorbenen anzunehmen ist, daß ihm lediglich durch die Kriegsteilnahme der in sicherer Aussicht stehende Bezug eines bestimmten Arbeitseinkommens entgangen ist.

(Fortsetzung folgt.)

*) v. Olschhausen, Handbuch zum Militärhinterbliebenengesetz, 2. Auflage, Berlin 1918, Franz Vahlen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., den 19. Juli 1918.

Zum Gedächtnis an hochw. Herrn Pfarrer Johannes Heer

† den 17. Juli 1918.

Ein junges Priesterleben sank verfrüht.
Die Sonne seines Daseins ging zur Neige.
Statt daß sie kraftvoll hoch und höher steige,
Als segensreiche Leuchte am Zenith,
Zum letzten Gruß ein klagendes Geläut.
Als Toter hält er — stumm auf Seidenkissen,
Verklärt von reinem friedlichem Gewissen, —
Den langersehnten Kircheneinzug heut.

Im Sonnenland weilt seine Seele schon,
Und legt ihr Amt vor Gottes gold'ne Stufen.
Hier bin ich, Herr! Du hast mich früh gerufen,
Doch kam ich gern, mein Vater, als dein Sohn.
Aus heiliger Ueberzeugung dir geweiht,
Wollt' ich dein teu'res Evangelium künden.
Wie ein Apostel wollt' ich werben, zünden,
Jahrzehnte noch! Du riefst, — ich war bereit.

Der weise Schöpfer neigt sich liebreich, mild:
„Mein Sohn, ich sah, wie feurig du gestritten,
Und dann in Krankheit, stumme Qual gelitten.
Dein Priesteramt ist früh, doch treu erfüllt.
Für deine Kirche kämpfst du voll Glut,
Doch weil die Waffen rein und vornehm waren,
So zieh'n auch deines Glaubens Gegnerscharen
An deinem Grabe ehrfurchtsvoll den Hut.“

Du leistetest Verzicht auf Menschenglück.
Und rein und selbstlos wie dein Priesterleben,
Hat auch dein Tod ein Vorbild noch gegeben.
Hell grüßt dein Stern, der leuchtend sank, zurück:
Schau nieder auf dein Stübchen Erdenwelt!
Sieh der Gemeinde frommes Dankgedächtnis,
Und wie so mancher treulich als Vermächtnis
Dein flammend Kanzelwort in Ehren hält!

Den edlen Willen nehm' ich voll als Tat. —
Ich kröne deine halbvollbrachte Sendung
In Gnaden mit der Krone der Vollendung
Als gold'ne Ernte deiner Anfangssaat.
Weit öffnet sich das Tor zum Lichte — weit!
Daß sich die Psalmen hell dir offenbaren
Die deines Krankenlagers Tröster waren!
Willkommen, Sohn, im Glanz der Ewigkeit.

Emmy Rüden von Spillner.

Dieses Gedenkblatt an hochw. Herrn Pfarrer Heer ist bei dem Küster der kath. Kirche, Herrn Gerecht, und in der Staud'schen Buchhandlung dahier zu haben.

* **Kurhaustheater.** Bei dem morgen, Samstag, stattfindenden Gesamt-Gastspiel des Hanauer Stadttheaters (Direktion: Ludwig Spanuth-Bodenstedt) mit dem neuesten und erfolgreichsten Lustspielschlager „Meine Frau, die Hofchauspielerin“ von Alfred Möller und Lothar Sachs, spielt Frä. Catharina Reichert, eine ausgezeichnete Darstellerin, die vom nächsten Jahre ab dem Verband des Großh. Hoftheaters in Mannheim angehört, die Titelrolle. — Die übrigen Hauptrollen, des personentrichen Stückes sind besetzt mit den Herren Max du Mesnil, Eduard Pasquale, Albert Badewig, Willy Schuchardt, Hermann Franzky, Gustav Hildebrandt, Hans Schwarz, Ludw. Göbel, Ferdinand Lief, Heinz Schien und den Damen Dora Erl, Ruth Steinegg, Marga Duenna. Leiter der Aufführung: Hans Schwarz. — Anfang der Vorstellung: 7½ Uhr.

* **Lebensmittel.** Für nächste Woche kommen zur Verteilung: 150 Gramm Fleisch und Wurst, außerdem Sülze in den Messgeräben, 50 Gramm Margarine, ein Ei f. d. Einwohner mit dem Anfangsbuchstaben A—Z, 100 Gramm Gerstengraupen, 1 Suppenwürfel und Frühlingsgemüse. Die Waren müssen zu den in der Bekanntmachung festgesetzten Zeiten abgeholt werden, sonst verfallen sie.

Die Kartoffelzusufuhren sind so gering, daß nur die erhalten können, die vorige Woche keine Kartoffeln bekamen. Die Aussichten auf größere Anzufuhren sind gut, und es ist zu erwarten, daß nächste Woche alle Versorgungsberechtigten beliefert werden können. Sparsamkeit mit Kartoffeln ist nach wie vor geboten.

* **Evangelische Gemeinde.** In den Gottesdiensten des nächsten Sonntags wird in besonderer Weise unserer, im schwersten Entscheidungsringen kämpfenden Brüder fürbittend gedacht. Die Gemeindeglieder werden gebeten, sich zahlreich an den Gottesdiensten zu beteiligen.

* **Deutscher Gastwirtverbandstag.** Die Hauptversammlung des deutschen Gastwirtverbandstages, die in Hannover stattfand, beschäftigte sich mit allen schwebenden Fragen, die das Gastwirtsgewerbe betreffen. Betreffs der Reichsbiersteuer ist der Verband gegen die geplante Staffelung und Kontingentierung, gegen jede Beschränkung der Einfuhr auswärtigen Bieres, gegen die Höhe der Steuer, gegen die Festsetzung von Höchstgewinnausschlägen im Ausschank und gegen jede Gemeindebiersteuer, dagegen für Festsetzung und Begrenzung der einzelnen Bierforten in Prozenten und Stammwürzen und für den Schutz der Genossenschaftsbrauereien. Gegen das Branntweinmonopol hat der Verband gleichfalls große Bedenken.

* **Der Mangel an Tee** hält noch immer an. Man hatte angenommen, daß nach Wiederaufnahme des Warenaustausches mit Rußland und der Ukraine größere Mengen Tee zugeführt werden könnten. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. In Rußland und der Ukraine herrscht nach von dort kommenden Nachrichten selbst großer Mangel an Tee. Größere Vorräte lagerten noch vor kurzem im Privatbesitz in Odessa. Ein Teil davon wurde von der Regierung zur Versorgung der Bevölkerung mit Beschlag belegt, die übrigen Vorräte blieben dem freien Verkauf überlassen. Sie fielen infolgedessen in die Hände von Spekulanten und Schleihhändlern und werden jetzt auch in Rußland und in der Ukraine zu außerordentlich hohen Preisen verkauft. Unter diesen Umständen ist an

Bekanntmachung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachungen vom 13. Mai ds. Js. — Taunusbote Nr. 111 und Kreisblatt Nr. 61 — betr. Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände wird auf Grund eines Erlasses des Herrn Finanzministers vom 24. Juni ds. Js. ergänzend bekannt gemacht, daß sofern der Verkäufer dem Käufer den Steuerbetrag, sei es im Preise, oder gesondert neben ihm in Rechnung stellt, der Verkäufer verpflichtet ist, diesen Betrag dem vereinnahmten Entgelt für den verkauften Gegenstand oder der Lieferung hinzuzurechnen.

Wollte der Verkäufer also die ihm treffende 20 prozentige Steuerrücklage in voller Höhe auf den Verkäufer abwälzen, so müßte er — bei sonst unveränderter Preisberechnung — den bisherigen Verkaufspreis nicht nur um 20%, bezw. 10%, sondern um 25% und 11% erhöhen.

Ferner werden die in Betracht kommenden Gewerbetreibenden, die gemäß § 4 der Verordnung zur Führung eines Buches verpflichtet sind, hiermit aufgefordert, dieses Buch zwecks Nachprüfung bis zum 1. August ds. Js. in den Vormittagsdienststunden auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 8 — vorzurechnen.

Bad Homburg v. d. H., den 18. Juli 1918.

Der Magistrat.
Steuerverwaltung.

Felddiebstähle.

Weil die Klagen über Felddiebstähle zunehmen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 1 der Regierungs-Feld-Polizei-Verordnung vom 6. Mai 1882 das Feld um 9 Uhr abends, oder nach jetziger Zeit um 10 Uhr abends, geschlossen ist.

Nach 10 Uhr abends darf sich Niemand mehr im Felde aufhalten, selbst nicht der Eigentümer eines Grundstückes, falls er nicht eine schriftliche Erlaubnis der Polizeiverwaltung besitzt.

Nach § 3 pos. 4 dieser Verordnung muß auch die Schafherde bei Feldschluß die Weide verlassen haben und sich im Pferch befinden.

Es wird also Jeder, den nach Feldschluß im Felde betroffen wird, zur Anzeige gebracht werden.

Bad Homburg v. d. H., den 15. Juli 1918.

Polizeiverwaltung.
J. B.: Feigen.

Öffentliche Mahnung der Besitzsteuer.

Die 3. Rate der rückständigen Besitzsteuer, (fällig bis zum 10. Juli 1918) ist bis zum **24. ds. Mts.** zu entrichten, andernfalls die kostenpflichtige Beitreibung vom 24. ds. Mts. ab erfolgt.

Bei Zusendung der Beträge durch die Post oder Bank hat die Einsendung so rechtzeitig zu erfolgen, (2 Tage vorher) daß der Betrag spätestens am 22. ds. Mts. bei Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mit einzusenden sind.

Bad Homburg v. d. H., den 19. Juli 1918.

Die Stadtkasse.

Zur Ausführung von Gefangenentransporten wird ein geeigneter Mann gesucht.

Bedingungen zu erfragen:

Landratsamt Bad Homburg v. d. H. bis zum 25. Juli 1918.

30 Frauen u. Mädchen
sofort für Accordarbeit
gesucht.

Hartpapierwarenfabrik Hohemark G. m. b. H.
Hohemark-Oberursel.

Zu verkaufen.

schönes blaues Ecksofa, Liegestuhl, großer Spiegel mit Nußbaumuntersatz (Glas 2,80 zu 80 cm.) Majolikauhr, Kinderbettstelle, Federunterbett, elektr. Lichterkrone, Gasfrone, großer Vorrats- oder Wäscheschrank u. a. mehr.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Btg.

Verantwortlicher Schriftleiter August G.: 18, Bad Homburg v. d. H.

Druck und Verlag der Homburger Druckerei E. J. Schick Sohn, Inhaber E. Freudenmann.

Brennholz

wird bis auf Weiteres zu folgenden Preisen abgegeben:

Gemischtes Holz, geschnitten	Mk. 5.50 für 1 Str.
Buchenholz	" 5.70 " 1 "
" gespalten	" 6.00 " 1 "

Die Preise verstehen sich ab Gaswerk oder ab Bahnhof.

Mengen über 20 Str. werden zu 30 Pfg. pro Str.

unter 20 Str. zu 50 Pfg. pro Str. zugefahren

Bei Abnahme größerer Posten wird Preisnachlaß gewährt.

Rechtzeitig genügende Eindeckung wird dringend empfohlen.

Ortskohlenstelle.

Bahnhofswirtschaft.

Angenehm behagliches Familienlokal. Fürstenberg, Münchener und Frankfurter Biere. Vorzüglicher Anis- schankwein im Anstich. — Kaffee.

W. Lind,
Bahnhofsrestaurateur.

Wirte

benutzt bei Kohlensäurenot meinen gef. gesch.

Bierdruck-Apparat

Preis Mk. 120.—

kann jederzeit im „Homburger Hof“ Karlsstr. 9 besichtigt werden.

Vertreter überall gesucht

O. Baedmann, Frankfurt a. M.,

Riddastr. 56

Telefon Hausa 5608

Einmachen ohne Zucker

Das wichtigste Hausfrauen- und Wirtschaftspraktikum beim gewärtigen empfindlichen Zuckermangel.

Frau Amtsrat Rose Stollens beliebtes Einmachbuch: Das Einmachen der Früchte und Gemüse sowie die Bereitung von Fruchtlikören, Gelees, Marmeladen, Obstweinen, Elixiren usw. nach neuzustellenden Grundrissen, vollständig neu bearbeitet von Johanna Schneider-Tonner, lehrt durch

320 Einmach-Rezepte

wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Berücksichtigung des derzeitigen Zuckermangels und der Erhaltung des natürlichen Fruchtgeschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einmachen soll und gibt auch zahlreiche erprobte Ratsschlüsse zur billigen und einfachen

Selbstbereitung von halbbarem Obstmus-Brotauflauf.

Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des reichhaltigen Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits

64 000 Exemplare in 12 Auflagen verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur 1.20 M. und ist beim Verlag dieses Blattes zu haben.



**Pferde-
mehrgerei**
Philipp Jamin
Oberursel,
Telefon 142

kauft Schlachtpferde zu den höchsten Preisen
Nachschaltungen werden mit eigenem Fuhr-
werk sofort abgeholt.

Unfallanzeigen

für alle Vertriebe gültig, zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei

Wohnhaus

enthaltend 7 Zimmer, Küche
und 4 Mansarden, zum
1. Oktober zu vermieten
oder zu verkaufen.

Zu erfragen: Geschäfts-
stelle ds. Blattes.

Lehrling

mit guten Schulzeugnissen für unsere
Buchdruckerei gesucht

Kreisblatt-Verlag.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst in der Erlöser-Kirche.
8. Sonntag, den 21. Juli.

Vormittags 8 Uhr Christenlehre für die
Konfirmanden des Herrn Pfarrer Wenzel.

Vormittags 9 Uhr 40 Min.:
Fürbitte für unsere kämpfenden Brüder.

Herr Dekan Holzhausen: (Math. 7, 15—23
„Was zum Siege hilft“).

Nachmittags 2 Uhr 10 Min.:
Herr Pfarrer Wenzel: (Apostelgeschichte 16,
29—34.)

Mittwoch, den 24. Juli abends 8 Uhr 30
Min.: Kirchliche Gemeinschaft im Kirchenaal 3.

Donnerstag, den 25. Juli abends 8 Uhr 30
Min. Kriegsbefreiung mit anschließender

Feier des heil. Abendmahls:
Herr Dekan Holzhausen.

Gottesdienst in der ev. Gedächtniskirche.

8. Sonntag den 21. Juli.

Vormittags 9 Uhr 40 Min.:
Fürbitte für unsere kämpfenden Brüder.

Herr Pfarrer Wenzel.

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr 30
Min.: Kriegsbefreiung Herr Dekan Holzhausen.